

REGIERUNGSPROGRAMM DER SPD BRANDENBURG FÜR DIE JAHRE 2014 – 2019
Wohnungswirtschaftlich relevante Positionen im Überblick

Schwerpunkt	Standpunkt	Bewertung	Kommentar
Städtebau und Stadtentwicklung	Aufwertung und Rückbau von Wohnquartieren gehören eng zusammen. Vor diesem Hintergrund setzen wir den Stadtumbau fort und werden weiter auf die Stärkung der Innenstädte setzen. Das Land wird Wohnungsrückbau weiterhin unterstützen, wo er notwendig ist. (S. 18)		Ob damit eine 100 %ige Kofinanzierung von Bundesmitteln für das Stadtumbau-Ost- Programm gewährleistet wird, bleibt allerdings ebenso offen, wie eine Aussage zum Umgang mit Schulden beim Abriss. Die Konzentration auf die Innenstädte ist hinterfragbar.
	Das Programm „Soziale Stadt“ wird gemeinsam mit den Kommunen weiter entwickelt, weitere Kommunen werden in das Programm aufgenommen. (S. 18)		Hier wäre auch eine stärkere Beteiligung der Wohnungsunternehmen sinnvoll.
	Der Ein- und Anbau von Aufzügen an Plattenbauten wird mit zinsgünstigen Darlehen gefördert, um das Wohnen im Alter zu unterstützen. (S. 18)		Es ist gut, dass das Programm fortgesetzt werden soll; wichtig wäre aber auch eine Anpassung der Förderkriterien.
Energetische Gebäudesanierung	Ein wichtiges Ziel unserer Politik ist, die Energieeffizienz der Gebäude zu verbessern und einkommensschwache Haushalte mit bezahlbarem Wohnraum zu versorgen. (S. 18)		Ohne öffentliche Förderung ist dieses Ziel widersprüchlich.
	Wir stehen zur Energiewende. Brandenburg soll auch in Zukunft unter den Bundesländern führend beim Ausbau der erneuerbaren Energien bleiben. (S. 11)		Gleichzeitig betont die SPD, dass vorübergehend auch konventionelle Energieerzeugung wichtig ist. Das deutet auf eine Energiepolitik mit Augenmaß hin.
	Um die Energiekosten für Haushalte und Unternehmen zu senken, werden wir eine „Energie-Effizienz-Offensive Brandenburg“ zur Energieeinsparung starten. (S. 12)		Was genau damit gemeint ist, bleibt offen. Wenn diese Energieeffizienzoffensive nicht an die Ursachen der Preisentwicklungen herangeht, ist es Augenwischerei.
	Zur weiteren Umsetzung werden wir die Kompetenzen für die Energiepolitik in einem Ministerium bündeln. (S. 11)		Ein grundsätzlich guter Ansatz, bei dem es allerdings auf die Details ankommen würde.
Dezentrale Energieversorgung	-		-

Alters- und Generationengerechtes Wohnen	Wir werden neue Mobilitätsmodelle wie internetbasierte Mitfahrdienste und Mobilitätszentralen unterstützen. (S. 15) Neue Angebotsformen wie Bürger-, Ruf- und Kombibusse werden unterstützt. (S. 18) Menschen wollen dort leben, alt werden und auch gepflegt werden, wo sie sich zu Hause fühlen, ihr tägliches Leben selbst bestimmen und an der Gemeinschaft teilhaben können. Um dies zu erreichen, sollen auch rechtliche Vorschriften vereinfacht werden, um eine attraktive Lebensführung und das Zusammenleben in alternativen Wohn- und Betreuungsformen zu erleichtern. (S. 21)	 	Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass der Abbau bürokratischer Hemmnisse und gesetzlicher Regelungsvereinfachungen Initiativen befördern könnte. Es bedarf konkreter Festlegungen der Erarbeitung einer Rangfolgenliste o.ä. Die Diskussion um die Regelungen für die Veränderungen der brandenburgischen Bauordnung wäre dafür ein erster Ansatzpunkt.
Mietenpolitik	Um Mieterinnen und Mieter vor schnell steigenden Mieten zu schützen, wird in betroffenen Regionen eine Mietpreisbremse verhängt und der Wohnungsbau dort gefördert. (S. 18)		Mietpreisbremsen jeglicher Art führen nicht zur Ausweitung des Angebotes an Wohnraum.
Altanschließerbeiträge / kommunale Gebühren	-		Es ist bedauerlich, dass zu diesem wichtigen Thema keine Aussagen gemacht werden.
Neubau	Mit einem Sonderprogramm von 10 Millionen Euro pro Jahr wird der soziale und mietpreisgebundene Wohnungsbau befördert. (S. 18)		Ein Erfolg wird nur garantiert sein, wenn die Förderbedingungen den Realitäten entsprechen. Mit einer Förderung von 1.200 € / m² lassen sich die an die Förderung gekoppelten Mieten nicht erreichen.
Sonstiges	Die Grundversorgung bei der Daseinsvorsorge soll in Land, Städten und größeren Orten konzentriert werden, die Angebote müssen zwischen den Kommunen abgestimmt werden. (S. 18) Nachhaltigkeit ist eine Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche. (S. 24) Für Mieter, Haus- und Wohnungseigentümer müssen Bundesprogramme zur finanziellen Förderung von Einbruchschutz- und Sicherheitsmaßnahmen geschaffen werden. (S. 16)	  	Ein wirtschaftlich grundsätzlich sinnvoller Ansatz, bei dem es aber sehr auf die Detailregelungen ankommt. Ein guter Politikansatz. Allerdings sollte umso mehr darauf geachtet werden, dass es hierbei eine klare Linie gibt. Wichtig wäre vor allem aber eine Stärkung der Prävention.